

Akademische Buchhandlung von  
**Max Drechsel, in Bern**  
Erlachstrasse, 23

Jährlich etwa 40 Nummern  
(deutsche & französische Ausgabe) für  
Fr. 4 in Schweiz; Mark 5 in Deutsch-  
land; Fr. 6 in den anderen Ländern.  
Alle Buchhandlungen, Postanstalten,  
sowie der Verlag nehmen Bestellungen  
entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 40 Pf.

# Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für  
Menschheitsinteressen bleibt der Selbst-  
einschätzung der Mitglieder überlassen.  
Schweizer-Postscheckkonto Bern III  
496.  
Die Vereinsstatuten und Probenummern  
aller seiner Organe werden auf Verlan-  
gen durch das Sekretariat: Bern, Er-  
lachstr. 23 gratis zugesandt.

**Schweizer Komitee des Bundes:** Dr. August FOREL, alt Professor an der Univer-  
sität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern;  
Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt  
Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE  
QUERVAIN, Professor an der Universität Zürich; Dr. A. HUBER, alt Civil-  
gerichtspräsident, Basel; Dr. A. SUTER, Präs. d. Gemeinderats v. Lausanne; O. VOLKART,  
Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft;  
Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne;  
Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u. a. m.  
**Präsident des Bundes:** Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fort-  
schritts», Bern.

**Internationaler Ehrenausschuss:** Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ed.  
BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr.  
Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen  
Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUEN-  
BERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GRESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags,  
Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl.  
d. französischen Parlaments; A. NAQUET eh. Senator, Paris; Ramsay MACDONALD,  
Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland;  
LINO FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.  
**Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“** wolle man an Herrn  
Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

Bern, am 30. Oktober 1916.

**Zur Kriegslage.** — Die österreichische Offensive gegen den Rücken der in der venezianischen Ebene aufgestellten italienischen Armee musste, wie noch allgemein erinnerlich, trotz blendender Anfangserfolge abgebrochen werden, weil sie mit Truppen der galizischen Front gespeist worden war und die Entblössung dieser letzteren inzwischen bedenkliche Erfolge der Russen ermöglicht hatte.

Eine in manchen Punkten analoge Problemstellung hat sich in dieser Woche für die Truppen des deutschen Reiches ergeben. Der Angriff auf Verdun wurde unterbrochen, um Truppen gegen Rumänien senden zu können. Diese befreiten Siebenbürgen und eroberten die Dobrudscha, aber die Stellung vor Verdun, allzusehr von militärischen Machtmitteln entblösst, wurde durch einen Ausfall der Franzosen überrannt, das Ergebnis mehrmonatiger blutiger Kämpfe in einem Nachmittag wieder zum grossen Teil verloren.

Eine **Kriegsentscheidung** ist natürlich weder von der Bedrohung Rumäniens, dessen Bewohnerzahl noch nicht den vierzigsten Teil der Einwohner auf den Gesamtgebieten des Vierverbandes umfasst, noch vom Verluste von Douaumont zu erwarten. Die deutsche Heeresleitung dürfte auch zweifellos im Westen über hinreichende Reserven verfügen, um einen Durchbruch bei Verdun verhüten zu können und keineswegs genötigt sein, dem österreichischen Beispiel vom Juni zu folgen und ihre so glücklich begonnene exzentrische Offensive aufzugeben; aber die **Belagerung von Verdun, auf die so überquellende Hoffnungen gesetzt worden sind, ist gescheitert**, eine der grossen Hoffnungen auf militärische Entscheidung des Krieges begraben.

*Ebenso sind die Hoffnungen des Vierverbandes auf eine, durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg herbeizuführende militärische Entscheidung in sich zusammengesunken.*

**Aus der Werkstatt des künftigen Friedens.** — Von dem diplomatischen Ränkespiel für Herbeiführung eines auf Treubruch einer kriegführenden Macht aufzubauenden **Separatfriedens** ist es in den letzten Wochen wieder etwas stiller geworden. Für einen **allgemeinen Frieden** ist nach wie vor keinerlei Stimmung vorhanden. Alles bleibt gebunden von der trügerischen Hoffnung auf Ausweitung dieses oder jenen **lokalen Erfolges** zur **Weltentscheidung**.

Dagegen hat die Ueberwindung der Vorurteile, die in den regierenden Kreisen der verschiedenen Länder so lange gegen die Sicherung des künftigen Dauerfriedens vermöge völkerrechtlicher Institutionen — statt durch «Zerschmetterung des Gegners» — bestanden, zwei neue Schritte vorwärts gemacht:

Der englische Minister des Auswärtigen forderte in seiner Londoner Ansprache an die Vertreter der ausländischen Presse die Neutralen dazu auf, nach dem Friedensschluss einen Staatenverband

zum Schutze der Verträge und zur Abwehr jeder Kriegsankündigung ohne vorherigen Versuch schiedsrichterlicher Beilegung, zu begründen.

Mit diesen letztern Worten wird zweifellos auf die bekannten Bryan'schen Verträge angespielt. Angesichts der militärischen Benachteiligung, die aus solcher **Verzögerung** (und doch nicht Hintanhaltung) eines Krieges für solche Mächte wie Deutschland, deren Stärke zum Teil auf der Raschheit ihrer Mobilisation beruht, erwachsen würde, hat diese spezifische **Methode** für Ersetzung kriegerischer **Gewalt** durch schiedsgerichtlich verbürgtes **Recht** kaum viel Aussicht auf Verwirklichung. Aber der Gedanke einer, kriegerischen Angriffen sich widersetzen **internationalen Exekutivgewalt** liegt gewiss in der richtigen Linie.

Präsident **Wilson** hat sich in seiner Rede in Cincinnati sofort zu gleichen Gesichtspunkten für Schaffung einer **Frieden verbürgenden Staatengemeinschaft** bekannt.

Auch das **Berliner Tageblatt** (vom 25. dies) nahm zu den Grey'schen Vorschlägen zustimmend Stellung und wies insbesondere befürwortend auf die Anregung zur Schaffung einer internationalen Polizeigewalt hin.

Freilich knüpfte es hieran eine allgemeine Kritik britischer Politik, wie sie eben vom Geist der Kriegszeit zunächst noch unzertrennlich zu sein scheint. Aber die Uebereinstimmung beider Mächtegruppen bezüglich dieser einzig erfolgversprechenden Methode für Sicherung künftigen Dauerfriedens scheint sich doch, wie aus der kürzlichen Rede des deutschen Reichskanzlers und nun wieder aus dieser Stellungnahme des grossen Organs der deutschen Linken hervorgeht, allmählich vorzubereiten<sup>1)</sup>.

In Paris hat gleichfalls in diesen Tagen ein grosser Kongress der radikalen Partei, die bekanntlich die stärkste des französischen Parlamentes ist, stattgefunden und sich mit der Frage der Kriegsziele eingehend befasst. Als eines derselben wurde die Schaffung von **Rechtsgarantien für die Bewahrung künftigen Dauerfriedens** aufgestellt, der gleiche Gedanke, wie in einer kürzlichen Rede **Briands**, doch noch schärfer herausgearbeitet. Die sozialistische Partei Frankreichs hat die gleiche Forderung bekanntlich schon seit langem vertreten. Auch die radikale Partei war ihr in der Friedenszeit stets geneigt, aber ihr Festhalten daran, inmitten der betäubenden Kriegsleidenschaft, muss doch als eine gewissermassen neue Tatsache gewertet werden.

Die Symptome von Rechts und Links stimmen dahin überein, dass man auf dem kommenden Friedenskongress versuchen wird, ein System von **Rechtsgarantien**, zwecks Verhütung neuer Kriege zu schaffen. Aufgabe der organisierten Friedens-

<sup>1)</sup> Wir haben unsere Wertung dieser neuen Richtungslinien der Entwicklung in einer kurzen Note den wichtigsten Schweizer Blättern mitgeteilt und freuen uns, dass mehrere derselben sie veröffentlicht haben.

Das Sekret. d. Bundes f. Menschheitsinteressen.

bewegung ist es, zur Klärung der in dieser Richtung gehenden Gedankenströmung und zur zweckvollen Weitung der geplanten Einrichtungen beizutragen.

## Konzertzeichnungen.

Wir erhalten vom Verfasser des unter obigem Titel in unserer Nummer vom 11. Oktober erschienenen Aufsatzes eine Erwiderung auf die von Herrn Gustav Maier in unserer Nummer vom 18. Oktober an seinen Ausführungen geübte Kritik. Wir glauben, ihm das Recht auf Veröffentlichung einer solchen abschliessenden Replik zu billigen zu müssen und bringen darum sein Schreiben im Nachstehenden zum Abdruck. Da auch der Reichsschatzsekretär des Deutschen Reiches inzwischen im Reichstag zur vorliegenden Kontroverse Stellung genommen, gewinnt diese erhöhte Interesse. Doch legen wir Wert darauf, festzustellen, dass wir **unsererseits** in derselben **in keiner Weise Partei nehmen wollen**.

Die Schriftl. d. Menschheit.

\*\*\*

Zürich, den 25. Oktober 1916.

An die Schriftleitung der Menschheit,  
Bern.

Auf die Kritik des Herrn Gustav Maier an meinem Artikel «Konzertzeichnungen» möchte ich Nachstehendes erwidern.

1. Es hat mich sehr Wunder genommen, dass der Vorsitzende einer **Friedensgesellschaft** mit so scharfen Worten seine Entrüstung darüber äussert, wenn ein anderer Pazifist, um gefährliche Kriegsillusionen zu zerstören, zahlenmässig nachzuweisen sucht, dass selbst ein so kapitalkräftiges Land wie Deutschland auf die Dauer die Lasten eines solchen Krieges nicht aufbringen kann und zu allen möglichen Finanzkunststücken gezwungen ist, um den Schein seiner Kriegs-Finanzkraft aufrecht zu erhalten. Selbst wenn ich mich in meinen Darlegungen geirrt haben sollte, so müsste der Vorsitzende einer pazifistischen Gesellschaft dies im Interesse seiner Bestrebungen **bedauern**, anstatt seine Entrüstung darüber kundzugeben. Denn nichts verlängert diese ungeheuerliche Vergeudung von menschlichen und wirtschaftlichen Werten so, als die Behauptung und angebliche Beweisführung, dass dieser oder jener kriegführende Staat von den Verlusten an Leben und Gütern wenig oder gar nicht berührt werde, dass es ihm im Gegenteil so gut wie noch nie ginge, und dass man die Sache ruhigen Gemüts noch jahrelang aushalten könne. Solche Illusionen zu zerstören, scheint mir vom pazifistischen Standpunkte aus stets ein Verdienst, selbst wenn der gute Wille durch die tatsächlichen Umstände widerlegt würde.

2. Von solcher Widerlegung scheinen mir aber die Ausführungen des Herrn Gustav Maier weit entfernt zu sein.

Zunächst zur Klarstellung: Ich habe nicht behauptet — an dem Beispiel der Zeichnungen des Berliner Magistrats — dass *tatsächlich* auf die gezeichneten 228 Millionen nur 102 Millionen in die Reichskasse geflossen seien, sondern nur, dass durch die Beleihung der vorangegangenen Kriegsanleihen mit mindestens 75% die *Möglichkeit* bestände, «gegen eine verhältnismässig geringe Neuzahlung Besitzer eines verhältnismässig grossen Betrages an neuer Reichsanleihe» zu werden. Ich prüfe in meinem Artikel «Konzertzeichnungen» nicht, welche Beträge seitens des Berliner Magistrats in die Reichskasse geflossen *sind*, sondern welche «in die Reichskasse geflossen *sein werden*.» Die Möglichkeit, dass auf 228 gezeichnete Millionen nur 102 seitens des Zeichners tatsächlich gezahlt worden seien, bestreitet Herr Maier nicht und kann es nicht bestreiten, da jeder Kundige weiss und jeder Unkundige bei jedem deutschen Bankinstitut erfahren kann, dass man gegen Zeichnung und Einzahlung auf neue Kriegsanleihen die alten mit mindestens 75% beleihen kann. Ob und inwieweit der Magistrat von Berlin von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, weiss ich natürlich nicht. Herr Maier hat ganz recht: ich bin nicht Finanzminister der Stadt Berlin, aber er ist ebenso wenig Präsident der Reichsbank oder Reichsschatzsekretär und daher keineswegs legitimiert, mir Belehrungen darüber zu erteilen, in welchem Maasse die deutschen Anleihezeichner von der Möglichkeit der Verpfändung ihres früheren Anleihebesitzes Gebrauch gemacht haben. Herr Maier kämpft also gegen Windmühlen, indem er die von mir behaupteten *Möglichkeiten* als behauptete *Wirklichkeiten* hinstellt.

3. Aber auch seine angeblichen Beweise, die in dem Satze gipfeln, dass im Ganzen nur etwa 2½% der sämtlichen Einzahlungen auf die ersten vier Kriegsanleihen (36½ Milliarden Mark) durch Beleihung früherer Kriegsanleihen bezahlt worden seien, sind nicht zwingend.

Diese Angabe der 2½% tatsächlicher Beleihungen ist keine Neuheit; sie ist von offizieller Seite wiederholt hervorgehoben und auch von dem Reichsschatzsekretär Grafen Rödern in seiner jüngsten Reichstagsrede wiederholt worden. Die offizielle Statistik der Reichsbank und der Darlehenskassen beweist aber nichts gegen meine Ausführungen, da ich ausdrücklich von der Beleihungsmöglichkeit nicht nur bei staatlichen Kassen, sondern auch bei «*anderen* Instituten» gesprochen habe und auch Herr Maier die Beleihungsmöglichkeit bei einer «Anzahl kleinerer lokaler Darlehenskassen» zugibt. Tatsächlich konnte und kann man die Reichsanleihe bei jeder deutschen Bank, bei jedem deutschen Privatbankier, ausserdem aber auch — natürlich unter ungünstigeren Bedingungen — im neutralen Auslande beliehen bekommen. Herr Maier möge hierüber Informationen in der Schweiz einziehen und möge sich gleichzeitig bei Fachleuten darüber belehren, welche mannigfachen Wege möglich sind, um solche Beleihungen vorzunehmen, ohne dass sie aus den von ihm angeführten statistischen Zahlen der Reichsbank und der staatlichen Darlehenskassen ersichtlich zu sein brauchen.

4. Wenn Herr Maier am Schlusse seiner Erwiderung mir freundlichst «verrät, woher im wesentlichen die auffallende Erscheinung dieser immer sich wiederholenden Geldfülle stammt», so bedaure ich von diesem «Kriegsverrat» keinen Gebrauch machen zu können. Seine Ausführungen nach dieser Richtung stehen etwa auf demselben Niveau, wie das bekannte Beispiel, das wir Pazifisten den Rüstungsfanatikern vorzuführen pflegen, wenn diese eine blühende Rüstungsindustrie als begründenswerte Geld- und Reichtumsquelle für das Land hinzustellen suchen. Wenn ein Staat oder eine Gemeinde 100,000 Arbeiter anstellt à 3 Mark pro Tag, um einen riesigen Graben auszuschachten, und nach erfolgter Ausschachtung den Graben durch dieselben Arbeiter für denselben Lohn wieder zuschütten lässt, wenn man diese Arbeit Tag für Tag und Jahr für Jahr wiederholen lässt, so fliessen täglich 300,000 Mark in das Wirtschaftsgetriebe hinein, eine «immer sich wiederholende Geldfülle» — um mit Herrn Maier zu reden — überschwemmt und befruchtet das wirtschaftliche

Leben; denn die Arbeiter geben das verdiente Geld doch wieder aus oder stellen das ersparte zinsbar in den Dienst der nationalen Volkswirtschaft. Alles recht gut und schön, nur ist leider der Haken vorhanden, dass die *ganzen 300,000 Mark täglich nutzlos verpulvert und der nationale Wohlstand um diesen täglichen Betrag vermindert wird*. Die Gewinne der Rüstungsindustrie und der mit ihr verbundenen Banken, «die Löhne der im Felde stehenden Soldaten und Offiziere, die gewaltigen Unterstützungssummen für deren Familien u. s. w.» als erfreuliche Faktoren einer «raschen Geldzirkulation und einer sich immer wiederholenden Geldflüssigkeit» hinzustellen, — solche Volkswirtschaftslehre steht auf demselben Niveau, wie die Lehre derer, die auch in Friedenszeiten die Rüstungsindustrie als melkende Kuh für den nationalen Wohlstand betrachten. Alle diese Gewinne Einzelner sind ebenso viele Verluste für die Gesamtwirtschaft, da sie — genau wie die Gelder, die in obigem Beispiel für die Ausschachtung und Wiederschüttung des Grabens ausgegeben werden, — keine produktiven Werte hervorbringen, sondern im Gegenteil zur Vernichtung eigener und fremder Werte bestimmt sind.

5. Uebrigens werden die im Felde stehenden Soldaten und deren zurückgebliebene Familien erfreut sein, von Herrn Maier zu hören, dass sie in Geldüberfluss schwimmen, dass insbesondere die darbenenden Frauen und Kinder trotz der ins fabelhafte gestiegenen Lebensmittelpreise noch Unsummen erübrigen, die sie in Kriegsanleihen anlegen können. Diese erfreuliche Botschaft wird viele Hunderttausende darbenender Menschen über die schlimmsten Stunden des Elends und Hungers hinwegbringen.

6. Den angeblich geldbildenden Faktoren des Herrn Maier, denen er die dankenswerte Funktion überweist, tatsächlich mehr wie 35,000 Millionen auf die ersten vier Kriegsanleihen bar in die deutsche Reichskasse geliefert zu haben, möchte ich mir erlauben, nur folgende geldvernichtende Faktoren der Kriegszeit gegenüberzustellen: Nimmt man an, dass heute 5 Millionen deutscher Soldaten unter Waffen stehen, und jeder derselben in Friedenszeiten nur einen täglichen Arbeitsverdienst von 4 Mark erzielt hat, so bedeutet dies einen täglichen Verlust an Verdienst und an Arbeitsprodukten von 20 Millionen Mark. Dazu kommt die Löhnung der Mannschaften, die als reiner Verlust zu buchen ist, da ihr ja kein Arbeitsprodukt gegenüber steht.

Der deutsche Export- und Importhandel (im Frieden über 20 Milliarden Mark) ist zum grössten Teil lahmgelegt. Die deutsche Schifffahrt mit ihren Milliardenwerten liegt vollständig brach.

Auch der Innenhandel ist zu einem grossen Teil infolge der staatlichen Verkehrsorganisation zur Untätigkeit verurteilt.

Der städtische Hausbesitz liegt in erschreckender Weise darnieder infolge des Ausfalls an Mieten und der Erhöhung der Unkosten.

Dies nur einige Beispiele der ruinösen Wirkung des Krieges auf die Volkswirtschaft und somit auf die Kapitalbildung. Diese Beispiele stelle ich den angeblich kapitalbildenden Faktoren des Herrn Maier gegenüber und möchte mir die Frage erlauben: Wo sollen bei dieser Sachlage die 35,000 Millionen herkommen, die nach der optimistischen Ansicht meines Kritikers in zwei Kriegsjahren auf die Kriegsanleihen tatsächlich eingezahlt worden seien?

7. Auch wenn nur 23 Milliarden tatsächlich eingezahlt worden sind, die nach meiner Rechnung auf die ersten fünf Kriegsanleihen vermutlich eingegangen sein werden, so ist schon dies eine so erstaunliche Leistung, dass man sich, nach den bisherigen Statistiken über das deutsche Volkseinkommen in Friedenszeiten, auf's höchste darüber verwundern muss. Nach den Aufstellungen Helfferich's in seinem Buche «Deutschlands Volkswohlstand 1888-1913» (Georg Stilke, Berlin, 1914) beträgt das gesamte deutsche Volkseinkommen in Friedenszeiten rund 43 Milliarden jährlich. Von diesen werden etwa 7 Milliarden für öffentliche Zwecke, etwa 28 Milliarden für den privaten Verbrauch verwendet und «etwa 8—8½ Milliarden, die sich durch den automatischen *Wertzuwachs des vorhandenen Vermögens auf 10 Milliarden Mark*

erhöhen, wachsen als Mehrung dem Volksvermögen zu.» Also selbst in Friedenszeiten, in Zeiten höchster wirtschaftlicher Blüte, wie sie Helfferich stolz bei Gelegenheit des 25 jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms uns vorführt, erreichte der Wertzuwachs des Volksvermögens in Deutschland (unter Berücksichtigung sämtlicher in Betracht kommenden Faktoren, die man bei Helfferich nachlesen möge) *nur den Betrag von 10 Milliarden Mark jährlich*. Wenn das deutsche Volk jetzt, trotz aller Wertverminderungen und Wertvernichtungen in zwei Kriegsjahren 23 Milliarden Mark bar an Kriegsanleihen einzahlen konnte, — was wohl mehr durch Umwandlung vorhandener als durch Schaffung neuer Werte zu erklären ist — so ist das gegenüber der Helfferich'schen Friedensstatistik ein so ungeheures, fast unglaubliches Resultat, dass Herr Maier wahrlich keinen Grund zur Entrüstung hat, wenn man ihm die weiteren 23 Milliarden barer Einzahlungen, die er an der Hand der Reichsbank und Darlehenskassen-Statistik behauptet, nicht glauben will. Nach den Helfferich'schen Aufstellungen über das Friedenseinkommen des deutschen Volkes ist es geradezu *ausgeschlossen*, dass dieses Volk in Kriegszeiten *noch* grössere Summen, als ich angenommen habe, zur Bezahlung von Kriegsanleihen flüssig gemacht haben kann. Am allerwenigsten aber wird solche Möglichkeit durch die angeblichen kapitalbildenden Faktoren begründet, die mein Kritiker dafür ins Feld führt und die durch viel erheblichere kapitalvernichtende Faktoren mehr wie ausgeglichen werden.

Germanicus.

## † Otto Borngräber

Einer unserer treuesten Ideenfreunde und Mitarbeiter aus Deutschland, der dramatische Dichter Otto Borngräber ist am 19. dies. in Lugano auf Schweizerboden, wo er ein Asil für seine Predigt gegen den Krieg gesucht hatte, gestorben. In der Friedenszeit zählte er zu den geschätzten Dramatikern seines Landes. Seine Dichtung «Giordano Bruno», den Kämpfen des freien Gedankens gewidmet, sein Weltfriedensdrama «König Friedwahn» und zahlreiche andere Arbeiten wurden von den deutschen Hoftheatern aufgeführt. Damals galten die Gedanken der Völkersolidarität ja noch als durchaus «gesellschaftsfähig».

Die eigentlichen Kämpfe Borngräbers aus jener Zeit galten innern Entwicklungsproblemen des Dramas. Er suchte eine höhere Synthese zwischen Naturalismus und *L'art pour l'art* prinzip in der Herausarbeitung eines die bleibenden Stimmungen der Menschenseele widerspiegelnden «innerlich naturwahren» Dramas zu schaffen.

Seit Kriegsausbruch weilte er in der Schweiz, um mit den Ausdrucksmitteln der Dichtung, eindringlicher als es der nüchternen Prosa gegeben ist, die sophistischen Ideale des Krieges zu zerpflücken und die Schönheit der Völkereintracht darzustellen. Seine «*Bergpredigt zur Befreiung des Völker*» gehört wohl zum Packendsten, das seit Kriegsausbruch für das Friedensideal geschrieben wurde. Wir haben sie seinerzeit gleich seinem (im Auftrag der Stockholmer neutralen Konferenz verfassten) «*Aufruf an die Völker und Führer Europas*» einem Teil unserer Auflage beigefaltet. Auch seine Antwort auf unsere Rundfrage über Gebietsannexionen sowie seine geistvollen Darlegungen auf der «*Konferenz für die Zukunftsinteressen der Menschheit*» (Bern, 1915) dürften all unseren Lesern und Konferenz-Teilnehmern in starker Erinnerung geblieben sein.

Er dachte auch an die Schaffung eines Kunsttempels für regelmässige Darstellung dramatischer Dichtungen, die der Friedensidee gewidmet sein sollten und wollte denselben wegen der Zensurschwierigkeiten, die der Ausführung der Idee in einem der jetzt kriegführenden Länder wohl auch nach Friedensschluss entgegenstehen dürften, auf dem Boden der neutralen Schweiz, die er so lieb gewonnen, errichten. Sein Tod, der ihn in der Vollkraft seines Schaffens hinwegraffte, hat viele Kulturmöglichkeiten mit ihm begraben.

Verantw. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.